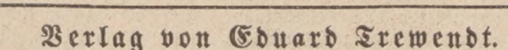
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 308. Mittag-Ausgabe.



Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 5. Juli 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Nach dem „Frankf. Journal“ hat die hessen-homburgische Regierung in ihrer heutigen Sitzung die Aufhebung der Spielbank in Homburg zu beantragen beschlossen. Die Aufbebung soll bald erfolgen.

Turin, 3. Juli, Abends. Die Anerkennung des Königreichs Italien seitens Rußlands ist durch ein offizielles Telegramm notificirt worden. Der russische Gesandte ist noch nicht eingetroffen, aber er befindet sich bereits unterweges.

Kopenhagen, 4. Juli, Vorm. „Dagbladet“ dementirt die Nachricht von einer Octroyirung der Gesammtstaatsverfassung mit dem Bemerken, daß weder die Rede davon gewesen, noch nnter der jetzigen Regierung daran gedacht worden sei.

Konstantinopel, 28. Juni. In Thessalien finden fortwährende Räubereien statt. Reschid Pascha, der frühere Kriegsraths-Präsident, ist nach Antivari abgegangen, um das Commando der Division Salih Pascha's zu übernehmen. Auch bedeutende Verstärkungen wurden abgeschickt. In Raschaya, Paschalik Damaskus, haben Drusen und Beduinen mehrere Morde verübt, worauf die Christen von dort und Haschleya die Flucht ergriffen. Im Norden des Libanons wurden neue Umtriebe entdeckt, worauf Daud Pascha mehrere Mitglieder der Familie Joseph Karam's verhaften ließ.

Ein englischer Landwirth hat die Pforte um Abtretung eines großen Landstriches auf Cypern für Baumwollenbau ersucht.

Smyrna, 27. Juni. Die österreichische Corvette „Erzherzog Friedrich“ ist hier angekommen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (4. Juli).

Präs. Grabow eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Jagow, v. Holzbrinck.

Ueber den Antrag der Abgg. Müller (Anklam) und Genossen, betreffend Schiffbarmachung der Oder, soll auf Vorschlag des Abg. Wachsmuth die Schlußberathung ohne Vorberathung im Hause selbst eintreten. Auf der Tagesordnung steht die bekannte Petition des Dorfgerichts zu Dürrgoy. Die Commission beantragt zu erklären, daß die betreffenden Rescripte der Regierung zu Breslau ungesetzliche Wahlbeeinflussungen enthalten und die Erwartung auszusprechen, daß die königl. Staatsregierung in Zukunft solchen Beeinflussungen vorbeugen würde.

Ref. Simon: Die peinlichen Verhandlungen über die vorliegende Petition hätten vermieden werden können, wenn der Minister des Innern bei der Adreßdebatte die von ihm erwartete Erklärung abgegeben hätte, daß die verfassungsmäßigen Wahlbeschränkungen, welche doch unzweifelhaft in dem Rescript des Präsidenten v. Prittwitz enthalten seien, nicht im Sinne der Staatsregierung gewesen seien. Eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit sei trotz der in dem ministeriellen Wahlerlaß enthaltenen Erklärung, eine solche Beschränkung nicht ausüben zu wollen, doch darin enthalten, wenn die Beamten aufgefordert werden, in keinem anderen, als dem dem gegenwärtigen Ministerium genehmen Sinne bei den Wahlen zu wirken, so wie darin, daß die Person des Königs in den Wahlkampf bineingezogen worden sei. Das gegenwärtige Ministerium verlange eine Uebereinstimmung der Beamten mit den Ansichten der jeweiligen Minister; es würde aber schlimm um das Land bestellt sein, wenn die Beamten immer den Gesinnungswechsel innerhalb des Staatsministeriums, oder gar die Gesinnungs-Aenderung eines Ministers mit durchmachen wollten, der bereits seit dem Ministerium Manteuffel bei allen äußeren Wandlungen im Amt geblieben sei. — Ref. wendet sich dann zu den Wahlerlassen der anderen Minister, namentlich des Kriegsministers. Es sei bedauerlich, daß derselbe, obwohl mehrfach interpellirt, keine Erklärungen darüber abgegeben habe, in welcher Weise er den in den Controlversammlungen ausgeübten Wahlagitationen entgegengetreten sei. Eine solche Erklärung hätte um so mehr erwartet werden müssen in einer Zeit, wo die Staatsregierung die Geldforderung für das Heerwesen immer mehr steigere. — Die conservative Partei, welche das Ministerium für sich aufgerufen habe, sei nur die reactionäre und der Kampf, zu dem man aufgerufen, sei viel mehr gegen die verfassungstreue, altliberale Partei geführt worden, als gegen die demokratische. Man könne es nicht glauben, daß der Minister, wie er in der Adreßcommission erklärt, keine Kenntniß von dem gehabt habe, was seine Commissarien und Beamten in amtlicher Eigenschaft gesprochen und gethan haben; hätte aber der Minister davon gewußt, so hätte man wohl eine Erklärung erwarten müssen, wie der Minister sich hierzu verhalte. Der Minister habe sich aber in der Tragweite seines Erlasses, und in der Verläßlichkeit der ihm untergebenen Behörden geirrt, ein Irrthum, den er nicht habe bekennen wollen. — Das Rechtsgefühl sei durch die jüngsten Wahlagitationen aufs Tiefste verletzt worden: aber das Bewußtsein für Recht und Verfassung sei aus diesem Kampfe gekräftigt hervorgegangen. (Bravo.) — Die vom Präsidenten vorgelesene Rednerliste enthält gegen 20 Redner.

Minister des Innern v. Jagow: Ich kann, den Ausführungen des Herrn Referenten gegenüber nicht zugeben, daß in dem Erlaß des Regierungspräsidenten v. Prittwitz eine widerrechtliche Beeinträchtigung der Wahlen enthalten ist, denn der Regierungspräsident nimmt auf den Erlaß Bezug, der von mir ausgegangen ist und dieser sagt, daß es nicht in der Absicht der Regierung liege, die Wahlfreiheit irgendwie zu beeinträchtigen (Heiterkeit). Aber selbst wenn es der Fall wäre, so ist durch die weitere Eröffnung der Behörde jeder Zweifel darüber beseitigt, denn es ist den Petenten ausdrücklich gesagt worden, daß sie ihr politisches Wahlrecht lediglich nach ihrer Ueberzeugung ausüben möchten. Es ist ihnen dies in noch schärferer Weise von meiner Seite am 22. April eröffnet und beides ist lange vor den Urwahlen geschehen, weshalb von einer Beeinträchtigung nicht die Rede sein kann, da die Remedur eingetreten ist, also die Petition eigentlich gegenstandlos geworden ist. Was die Ausführung betrifft, daß die Regierung sich im Irrthume befunden habe bei ihren Wahlerlassen, so muß ich auch das bestreiten, es ist diese Anweisung nicht so auszulegen, wie es der Hr. Referent gethan hat. Sie werden zugeben, daß es ein großer Unterschied ist, zwischen dem Verlangen, daß die Beamten die jedesmalige Parteistellung der Minister theilen sollen und daß sie sich nicht an feindseligen Agitationen gegen die Minister betheiligen sollen, und ich bedauere, daß der Hr. Ref. die Sache auf ein anderes Gebiet hinübergezogen hat. Von den Beamten ist nicht verlangt worden, daß sie die Parteistellung der Minister theilen sollen, auch nicht in Bezug auf die Abgabe ihrer Stimme; es ist ihnen nur untersagt worden, sich an feindseligen Agitationen zu betheiligen, und dabei muß die Regierung stehen bleiben. Es ist zu bedenken, daß die Beamten durch ihr Ansehen auf die Wahlen wirken können und auch im feindseligen Sinne, und das kann die Regierung niemals zugeben. Ich glaube, daß in dieser Beziehung jede Regierung dieselbe Stellung einnehmen muß, welche der Erlaß vom 22. März eingenommen hat. Was die Wahlerlasse betrifft, welche in dem Petitionsbericht hervorgehoben sind, so kann ich nur wiederholen, daß wo mir Erlasse der unteren Behörden durch die Zeitungen zur Kenntniß gekommen sind, ich das Nöthige verfügt habe; doch muß ich erklären, daß ich von dem im Berichte erwähnten Erlasse keine Kenntniß gehabt habe. Es ist nun ferner von dem Referenten hervorgehoben, daß die unerfreuliche Debatte nicht eingetreten sein würde, wenn ich erklärt hätte, daß unberechtigte Einflüsse von Seiten der Beamten stattgefunden und daß die Regierung dem künftig entgegentreten werde. Das habe ich schon früher zugegeben, gegenüber den einzelnen Erlassen und ich habe erklärt, daß überall da, wo die Behörden zu weit gegangen seien, eine Remedur eingetreten ist. Ebenso wenig kann darüber ein Zweifel sein, daß die Regierung ungesetzliche Beeinflussungen bei den Wahlen nicht will und daß sie diesen in jeder Weise entgegentritt. Ich glaube, daß in dieser Beziehung Alles geschehen ist, was der Ref. verlangt, um die Debatte als überflüssig erscheinen zu lassen. Der Herr Ref. hat mit dem Wunsche geschlossen, daß man endlich mit den gegenseitigen Verdächtigungen aufhören möchte. Diesen Wunsch theile ich, möchte aber bitten, daß der Wunsch von allen Seiten befolgt werde, denn die Regierung ist gewiß gerade diejenige, welche bei den Wahlen den allerentschiedensten Verdächtigungen ausgesetzt gewesen ist.

Abg. v. Vincke (Stargard): Das Wesentlichste über diesen Fall sei bei der Adreßdebatte von allen Seiten gesagt worden. Der allgemeine Charakter dieser Wahlerlasse sei der alten Erfahrung gemäß, daß verkehrte Ansichten an obern Stellen sich nach unten hin mehr und mehr potenziren. Die Regierungspräsidenten hätten die Wahlerlasse des Ministeriums zerstückelt, zerrissen, eigene Zusätze gemacht. Es sei unbegreiflich, wie man die Wahlerlasse des Hrn. v. Jagow mit denen des Grafen Schwerin identifiziren könne; letzterer habe den Einfluß der reactionären Beamten auf die Wahlen entschieden fern halten wollen (Redner verliest die betreffenden Stellen des Schwerin'schen Wahlerlasses. Die Stelle, wo von der Achtung vor dem Gesetz, von dem Fernhalten vor jeder ungesetzlichen Beeinflussung die Rede ist, wird mit allgemeinem Beifall, hört! hört! begleitet). Der Jagow'sche Erlaß verlange gerade die Beeinflussung der Wahlen und zwar durch Personen, deren reactionäre Tendenzen noch über diejenigen des jetzigen Ministeriums hinausgingen. Graf Schwerin habe bei seinem Scheiden aus dem Amte die Zuvorkommenheit gehabt, seinem Nachfolger das ganze reactionäre Material aus Beamten, das er wie ein Fideicommiß getreulich bewahrt, zu hinterlassen. (Heiterkeit). Wie ganz anders in dieser Beziehung handle der jetzige Minister, der einen allgemein beliebten und hochverdienten Mann aus seinem Amte entlasse, den Polizeipräsidenten v. Winter (stürmischer Zuruf), einen Mann, der sich im höchsten Grade und mit vollem Rechte durch seinen Sinn für Gesetzmäßigkeit die Liebe dieser Stadt erworben. (Erneuerter stürmischer Beifallsrnf). Der Minister dürfe also nicht, wie er gethan, sich mit seinen ehrenwerthen Vorgängern vergleichen. (Bravo! Sensation). Freilich gebe es in seinem Erlasse Stellen, die auf ein Festhalten am Gesetz hinzudeuten schienen, aber sie befänden sich so verstreut zwischen anderen, daß über die ganze Tendenz der Erlasse kein Zweifel sei, und die Unterbeamten hätten sie meist weggelassen.

Aber in einigen Dingen könne er mit dem Bericht der Comm. nicht übereinstimmen. Derselbe fasse einzelne Sätze des Prittwitz'schen Erlasses nicht ganz richtig auf. Agitiren dürfe jeder Beamte; aber die Rücksicht gegen den Vorgesetzten dürfe er denn doch nicht aus den Augen setzen, da gebe es für den Beamten eine Grenze. § 81 der Verfassung gestatte dem Hause, Petitionen dem Ministerium zur Beachtung oder zur Berücksichtigung, selbst zur Abhilfe zu überweisen. Hier spreche aber das Haus ein Urtheil in seinem Antrage aus, das eigentlich doch nur der Minister sprechen könne. Das verschiebe die Stellung des Hauses. Wolle man das Hrn. v. Prittwitz gegenüber thun, so müsse man das auch gleicherweise jedem beliebigen Unterbeamten, über den gerade eine Petition sich beklage, angedeihen lassen, man müsse ihn — und das halte er nicht für schicklich — mit einem Urtheil dieses Hauses beehren, denn es sei eine Ehre, wenn das Haus sich mit solchen untergeordneten Beamten beschäftige. Der Minister des Innern habe Hrn. v. Prittwitz einen Verweis zu ertheilen; das liege auch in dem Sinne der Ueberweisuug zur Berücksichtigung. Er stelle deshalb das Amendement, das Urtheil, das der Comm.-Bericht fälle, wegzulassen und die Petition nur im Allgemeinen, wie es die übliche Form verlange, zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Meibauer: Nach der Ansicht des Ministers enthalte der Erlaß des Regierungspräsidenten von Prittwitz nichts Gesetzwidriges, weil er sich auf den Erlaß vom 22. März berufe. Seiner Ansicht nach aber enthalte schon der ministerielle Erlaß selbst einen Eingriff in die Wahlfreiheit. (Große Unruhe, so daß der Redner nur wenig zu verstehen.) Es komme nicht mehr darauf an, die Wahlerlasse zu illustriren, da die Minister diese Illustration bereits selbst übernommen, durch die Einleitung von Disziplinaruntersuchungen gegen Beamte, durch die Entlassung des so hochverdienten Polizeipräsidenten v. Winter. Bedürfe es weiterer Beweise, so sei ja der frühere Minister des Innern im Hause anwesend, und es wäre gewiß sehr wünschenswerth, ihn selber über diese Angelegenheit zu hören. Der Redner bringt hierauf einen Wahlerlaß aus Schievelbein vor; wo eine „besondere Strafbarkeit“ für die sich an den Wahlen in einem der Regierung feindlichen Sinne betheiligenden Unteroffiziere und Mannschaften der Landwehr in Aussicht gestellt wird. Letzteres sei freilich später, als ein Versehen in der Stylisirung zurückgenommen worden. Er bedauere, daß das Haus nicht eine Untersuchungscommission nach Art. 82 der Verfassungs-Urkunde niederzusetzen sich entschlossen, da die Beschränkung der Wahlfreiheit sich weniger noch in den Wahlerlassen, als in den amtlich angesetzten wirklichen Actionen ausgesprochen habe. In einer Urwählerversammlung in Belgard sei der Gutsbesitzer Krüger, welcher das Verhalten des Ministeriums Auerswald-Schwerin gegenüber dem Landrath v. d. Reck vertheidigt, von diesem mit Hinauswerfen durch Mitwirkung des Schulzegerichts bedroht worden. Das Ministerium habe den Unterbehörden Veranlassung zu derartigen Ueberschreitungen gegeben; es trage auch die Verantwortung dafür. Er bitte deshalb, den Commissionsantrag anzunehmen, um das sittliche und Rechtsbewußtsein des Volkes in dem vielleicht noch schwereren in Aussicht stehenhenden Kampfe zu stärken. (Bravo.) — Das Vinckesche Amendement findet ausreichende Unterstützung. — Abg. Ottow (unverständlich): Er ist in der Sache mit der Commission einverstanden, findet aber den Commissions-Antrag nicht correct und stimmt für den Vinckeschen Antrag.

Abg. Mellien: Die Wahlerlasse der Minister seien nicht mißverstanden worden, wie die landräthlichen Uebertragungen gerade ergäben: es habe sich um eine einheitliche Organisation gegen sämmtliche liberale Parteien gehandelt. (Der Redner verliest einen Erlaß, wo vor der Wahl des Generals Stavenhagen gewarnt worden ist, theilt noch andere, ähnliche Wahlerlasse aus der Provinz Brandenburg mit, in denen namentlich die Thätigkeit des aufgelösten Abgeordnetenhauses geschmäht und entstellt wird.) Außer den Wahlerlassen lägen aber noch eine Reihe gesetzwidriger Actionen zur Beeinflussung der Wahlen vor. In Folge einer Anordnung der Regierung zu Frankfurt seien Schank- und Gastwirthe mit Entziehung der Concessionen bedroht, wenn sie nicht Colporteure von freisinnigen Blättern und Flugschriften sofort verhafteten und dem Landrath zuführten. In dieser Beziehung habe der Minister des Innern allerdings in soweit eine Remedur eintreten lassen, als er das sofortige Vorführen untersagt habe. Nicht nur Militärbehörden, auch städtische, seien zur Beeinflnssung der Wahl herangezogen worden, wie z. B. in Bromberg und Posen. Der Redner verliest den Brief eines Majors an einen Offizier, worin er diesen zur Rede stellt, daß er für die Candidaten der Fortschrittspartei gestimmt; einen anderen, wo einem Offizier die Einleitung einer ehrengerichtlichen Untersuchung wegen seiner Abstimmung angezeigt wird. In einem Falle seien Erziehungsgelder verweigert worden, weil die Betreffenden „dem Könige den Krieg erklärt hätten“ und daher erst auf einen republikanischen Verein warten müßten. Solche Maßregeln könnten über die Intentionen des Ministeriums keinen Zweifel lassen. Er bitte, für den Commissionsantrag zu stimmen. (Die Minister Graf v. Itzenplitz und v. Mühler sind während dessen eingetreten. Ersterer verläßt mit den Herren v. Jagow, v. Holzbrinck und v. d. Heydt bald darauf den Saal, so daß Herr v. Mühler allein zurückbleibt. Auch dieser verschwindet während der folgenden Rede.)

Abg. v. Gottberg will wirklich gegen den Comm.-Antrag sprechen, nicht, wie der Abg. v. Vincke, der, obwohl gegen den Comm.-Antrag eingeschrieben, am beredtesten für denselben gesprochen. Das Ministerium habe dasselbe bei den Wahlen von den Beamten verlangt, wie das abgetretene liberale; von beiden sei an die Beamten das Verlangen gestellt worden, daß sie den Standpunkt der Regierung den Wählern gegenüber darlegen sollten. Der Unterschied sei nur der, daß die gegenwärtige Regierung einen bestimmten Standpunkt einnähme, während die vorige sich über nichts klar gewesen sei. (Heiterkeit.) Man habe ferner heute dem Ministerium aus der Entlassung des Präsidenten v. Winter einen Vorwurf gemacht; dagegen könne man doch darauf aufmerksam machen, daß die vorige Regierung auch nicht zart verfahren sei, als man einen Regier.-Präsidenten in Erfurt „anderweit verwendete“, weil er in seinen Berichten das Dasein einer demokratischen Partei angenommen habe, und in einem anderen Falle einen Regier.-Rath nur wegen seiner politischen Gesinnung von Merseburg nach Gumbinnen versetzte. — Was den Comm.-Bericht angehe, so glaubt Redner, daß die Wahlerlasse jetzt doch wohl genug besprochen seien. Dieser Ansicht sei auch das Volk, das einen Erfolg verlange, Verhandlungen, welche Thaten zur Folge haben, vor Allem aber eine Verständigung mit dem Ministerium; in diesem Sinne habe das Volk auch der Antwort auf die Adresse zugestimmt, welche den Wunsch ausgesprochen, daß den Loyalitätsversicherungen durch Thaten entsprochen werden möchte. Der Comm.-Bericht stelle als Grundsatz für das Verhalten der Beamten bei den Wahlen die volle Agitationsfreiheit hin; ein solches Princip sei aber unmöglich, und Redner würde es ganz in der Ordnung finden, wenn die Herren von der Linken, falls sie die Macht hätten, die reactionären Landräthe, des Redners Collegen, zur Disposition stellten. (Heiterkeit.) Man möge doch auf die demokratisch durchgebildeten Staaten, Frankreich und Italien, sehen; dort würde nicht durch so unschuldige Mittel, wie Wahlerlasse seien, gewirkt, aber durch kräftigere, die den Herren links vielleicht auch noch vorbehalten seien. Redner erörtert dann die ungünstige Stellung der conservativen Presse, die Zucht predigen müsse gegenüber der liberalen, die so populäre Gedanken, wie Freiheit, stets im Munde führe, verneint es ferner, daß den Beamten ein Gesinnungswechsel zugemuthet werde und der königliche Name in unzuläßiger Weise in den Wahlkampf gezogen sei.

Es sei auch unrichtig, daß man vor den letzten Wahlen die altliberale und demokratische Partei in eine zusammengeworfen habe; das Ministerium habe im Gegentheil von der gemäßigt liberalen Partei eine Unterstützung gehofft, sich hierin aber freilich geirrt, wie die heutigen Aeußerungen des Herrn von Vincke zeigten. Indeß könne man hier ein Beispiel des vorigen Ministeriums sehen, daß eine Unterstützung durch den genannten Abgeordneten und seine Partei keinen Erfolg habe. Daß die Wahlerlasse keinen Erfolg gehabt, sei freilich richtig: dies liege jedoch in dem Einflusse, den das vorige Ministerium durch seinen Liberalismus geübt, einen Einfluß, der in vier Wochen nicht wieder hätte beseitigt werden können, und liege vor allem darin, daß die Wahlbeeinflussung von unten, welche bei den letzten Wahlen in umfassendster Weise stattgefunden, viel mächtiger sei, als alle Wahlerlasse. Der Schluß der Rede verhallt unter dem Gelächter des Hauses.

Abg. Wachler wendet sich gegen einzelne Aeußerungen des Vorredners: Wenn das Ministerium von seinen Sitzen verschwinde, so könne freilich keine Verständigung stattfinden. (Minister v. Jagow tritt gerade ein.) Ein Ziel habe diese Verhandlung wohl. Die Petition sei aus seinem Wahlkreise, die Petenten seien seine Wahlmänner, schlichte Landleute, aber im Bewußtsein ihrer politischen Rechte entschlossen, diese Rechte zu wahren. Sie seien nicht nur gute Patrioten und Königstreue, sondern auch verfassungstreu, und glaubten die Königstreue am besten durch Verfassungstreue bethätigen zu können. Der Landrath des Kreises, zugleich Wahl-Commissarius, ein sonst sehr geachteter Verwaltungsbeamter, habe in seinem Erlaß freilich erklärt, auf die Wahlen selbst nicht einwirken zu wollen, aber er habe Rathschläge zu geben und diese hat er ungefähr in der Art formulirt: Laßt Euch nicht verführen von Denen, die sich zur Opposition bekennen und unter dem Schein der Mäßigung alle Maßregeln der Regierung entstellen, und bedenkt, welche Verantwortlichkeit Ihr übernehmt, wenn Ihr gegen die Regierung wählt. Das sei nun recht gut, wenn man für den Herrn Landrath stimme, höre sich aber doch ziemlich schlimm an, wenn man selbst Derjenige sei, gegen den diese Aeußerungen sich richteten. (Heiterkeit.) Er sei gewiß stets gemäßigt gewesen, ja er könne sich sogar den Vorwurf machen, früher, unter der sogen. neuen Aera, zu mäßig gewesen zu sein. Gerade auf ihn aber, den zu Wählenden, seien alle jene Ausdrücke des landräthlichen Erlasses gemünzt gewesen. Die „Kreuzzeitung“ habe schon im vor. Jahre gesagt: Wer ist Wachler? Natürlich ein Kreisrichter! Das Tollste, was von Einem gesagt werden könne! Was solle man nun in seinem Kreise sagen, in dem er seit dreißig Jahren wirke und wie er glaube, Achtung genieße, wenn man ihn gewissermaßen als Verführer, als Demagogen hinstelle? Das Haus müsse den von der Commission vorgeschlagenen Beschluß fassen.

Zur Berücksichtigung zu überweisen sei nicht genug. Man spreche durch den Commissions-Antrg eine Resolution aus, und dazu sei man durchaus berechtigt. Herr v. Gottberg habe von Uebergriffen von unten gesprochen. Wenn aber ein Minister den jetzigen Weg weiter schreite, so würden die Uebergriffe von oben immer mehr zunehmen. Dagegen müsse man nicht nur sprechen, sondern auch handeln. Von unten kommen die Agitationen erst, wenn sie oben angefangen haben. (Sehr wahr!) Der größte Vorwurf, den man einer Regierung machen könne, sei der, daß sie, wie die jetzige, das Factionswesen befördere. Und die Folgen davon würden für das Ministerium selbst schlimm sein. Das Volk sei nicht zu fürchten, es werde sein verfassungsmäßiges Recht durch gesetzliches Verfahren zu schützen wissen. Wolle man dieses Recht achten, so bedürfe man keiner Wahlerlasse. Agitire man aber von oben, so müsse man dem Volke die gesetzmäßige Bahn zeigen. Der Kampf sei ein geistiger; Niemand, der auf dem Boden des Gesetzes stehe, brauche vor ihm zurückzuschrecken. Die öffentliche Meinung finde ihre Vertreter in diesem Hause, und das Haus werde das Urtheil dieser öffentlichen Meinung aussprechen, wenn es dem Comm.-Berichte beitrete. (Bravo!)

Abg. Graf Schwerin: Es ist in dieser Debatte mehr von mir gesprochen worden, als mir persönlich lieb ist, obgleich ich es mir gefallen lassen muß, weil ich eine öffentliche Stellung eingenommen habe, welche der Kritik unterworfen ist. Trotzdem glauben Sie nicht m. H., daß ich eine Rede pro Domo halten werde. Ich kann auf den Wunsch des Abg. für Schievelbein in Betreff meiner Wahlerlasse nicht eingehen, einmal, weil ich glaube, daß es nicht nothwendig ist, denn meine Wahlerlasse sprechen für sich selbst und ferner, weil sie einer vorübergegangenen Zeit angehören. Die Rede des Abg. für Stolpe habe ich leider nur in ihrem geringeren Theile gehört; namentlich ist mir der Theil entgangen, der eine Kritik des vorigen Ministeriums enthielt; ich habe nur vernommen, daß er sich darüber beklagt hat, daß das vorige Ministerium eine klare Stellung nicht eingenommen habe. M. H., ich glaube, ich brauche mich gegen diesen Vorwurf nicht zu rechtfertigen; ich glaube, daß meine Stellung klar genug bezeichnet gewesen ist und daß dieselbe in den Wahlerlassen einen ganz präcisen Ausdruck gefunden hat. Wenn ich das Wort genommen habe, so geschieht es, weil ich glaube, mich gegen zwei Voraussetzungen verwahren zu müssen, einmal vor der, als befände ich mich im Einverständnisse mit der gegenwärtigen Regierung in Bezug auf die Wahlerlasse, und andrerseits, als hätte ich das Verhalten, was die Beamten bei den letzten Wahlen beobachtet haben, als ein an sich gerechtfertigtes betrachtet. Ich kann es dem gegenwärtigen Ministerium gegenüber mit freier Stirn aussprechen: ich halte die Wahlerlasse für einen politischen Fehler (Bravo), weil es sich nach meiner Meinung um die Frage handelt, ob Polizeistaat oder Rechtsstaat, ob Prävention oder Regression. Die Zeiten sind vorüber, wo die Regierung glauben kann, daß ein solches Bevormundungssystem irgend welche Wirkung hervorzurufen im Stande sei (Ruf: sehr wahr!), es handelt sich hier nur darum, Widersetzlichkeit, wo sie vorgekommen, zu strafen (Ruf: sehr richtig!). Auch die Prävention der Presse kann nicht wieder eingeführt werden, jede Regierung muß sich das klar machen, wenn sie Frieden mit dem Volke haben will (Bravo).

Ich erachte dies Verfahren, das bei den Wahlen im vor. Herbst, wie auch bei diesen Wahlen eingeschlagen ist, nicht für gerechtfertigt. Ich kann mir eine Thätigkeit der Beamten sehr wohl denken und sie ist leider geübt worden, als ich mich im Amte befunden habe, die den Pflichten eines Beamten allerdings entschieden widerspricht. Ich bin selbst in der Lage gewesen, das Disciplinargesetz zur Anwendung bringen zu müssen. Es sind diese Ueberschreitungen meiner Ansicht nach von beiden Seiten entschieden vorgekommen; wenn z. B. ein Kreisrichter sich einem Wahlerlasse anschließt, in dem die Rittergutsbesitzer des Kreises als die Partei bezeichnet werden, welche darauf ausgehe, dem Volke Alles zu rauben, so ist das für einen Beamten, der täglich durch seine Amtspflicht mit den Rittergutsbesitzern zu verkehren hat, eine Stellung die ihm nicht geziemt und ich bin gegen einen solchen Beamten eingeschritten. Auf der andern Seite habe ich es nicht gebilligt, wenn Landräthe die von mir veröffentlichten Schriftstücke auf eine Weise veröffentlichten, die wie Hohn aussah. Ich habe mich bemüht, nach allen Seiten Gerechtigkeit zu üben. Der Abg. für Stolpe hat ausdrückl. angeführt, daß das frühere Ministerium einen bestimmten Standpunkt nicht gehabt habe. Ich kann diese Behauptung sehr wohl dem öffentlichen Urtheil überlassen. Niemand ist im Zweifel darüber gewesen, daß ich die Verfassung will, und zwar die Verfassung mit allen ihren Consequenzen, aber soweit sie in Preußen überhaupt durchführbar ist. Ich habe mich den weitergehenden Bestrebungen, welche, verzeihen Sie mir, in der Fortschrittspartei ihren Ausdruck finden, wie anderen Extremen mit derselben Entschiedenheit entgegengesetzt. Ich habe daran festgehalten, daß für alle Parteien es nur ein Recht in Preußen giebt, und deshalb darf ich erwarten, daß Sie unparteiisch Ihr Urtheil üben werden (Bravo). Das ist der Geist, der durch alle meine Wahlerlasse durchgeht.

Abg. Dr. Frese (Minden): er hoffe, das Haus werde jedem Redner Gelegenheit geben, die Beschwerden aus seiner Provinz vorzubringen; es würde Tadel verdienen, wenn das Haus so zu sagen auf seinen Lorbern ruhen und

nach der Wahl nicht mehr der Wähler gedenken wolle (Zustimmung). — Zunächst habe er aus seiner Heimat zu erwähnen, daß ein Landwehroffizier, der in Herford für die liberalen Abgeordneten gestimmt habe, in Minden damit empfangen sei, daß der dortige Oberst den Offizieren den Umgang mit ihm verboten habe. — Zu der Geschichte der mindener Deputation sei noch nachzutragen, daß der Wunsch des Abgeordneten Osterrath bei der Adreßdebatte „audiatur et altera pars“ in Erfüllung gegangen sei; die „altera pars“ habe sich hören lassen; seine (Redners) Behauptungen seien vollständig bewahrheitet. Von weiteren Folgen habe er freilich weder in Bezug des Landraths v. d. Horst noch des Wehmeyer gehört. Ueber die Rolle des letzteren sei noch anzuführen, daß man ihn in einen Bauernkittel gesteckt habe, damit er, der doch Kreischaussee-Aufseher sei, als unabhängiger Bauer erscheine (hört! hört!). Damit habe man also Se. Maj. den König selbst auf das Frechste zu täuschen gesucht (hört! hört!). Leider erfreuten sich solche Deputationen eines besseren Empfanges als die Deputation dieses Hauses. Als Mitglied dieser Deputation müsse er zu seinem tiefen Bedauern constatiren, daß Se. Maj. der König (Unruhe. Widerspruch rechts und im Centrum; der Präs. bemerkt, die Person Sr. Maj. gehöre nicht in die Debatte; Redner: man möge ihn ausreden lassen und dann urtheilen) — daß Se. Maj. der König über die Wahlbewegung in einer Weise berichtet werde, welche den in der Adresse niedergelegten Ausspruch des Hauses als unrichtig erscheinen lasse. — Die Commission habe ausgeführt, wie sehr das Recht der Beamten durch die Wahlerlasse gekränkt sei; man habe ihnen das Recht beschränkt, diejenigen zu wählen, welche sie für die geeignetsten Männer ihrer Beschwerden halten; man habe neben der Königstreue eine besondere Ministertreue constituirt; wenn nun ein Beamter an den Finanzminister, der damals ja auch zugleich Handelsminister war, sich die bescheidene Anfrage erlaubt hätte: in welcher Richtung er denn wählen sollte, in der des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, oder Manteuffel Westphalen, oder Hohenzollern-Auerswald, oder in der des jetzigen? — Denn allen diesen Ministergarnituren sei ja der Finanzminister ein dauerhafter Stein gewesen (Heiterkeit).

Durch solches Verlangen sei die politische Moral auf's Stärkste und Tadelnswertheste gefährdet worden; gerade auf diesem Gebiete der politischen Moral aber liege das Verdienst der vorigen Regierung, und in dieser Beziehung werde namentlich die Entlassung des Mannes beklagt, der den sittlich verrotteten Zuständen sittlichen Halt gegeben habe. (Bravo.) — Ein weiterer Grund für den Commissionsantrag liege in der allgemeinen Situation. Der Finanzminister komme zwar dem Hause äußerlich entgegen, füttere es, so zu sagen, mit parlamentarischem Confect (Heiterkeit) so sehr, daß es einem förmlich unheimlich werde (Zustimmung). Aber in Wahrheit gehe seit dem 7. Juni ein eisiger Hauch durch Preußen, eine böse Kälte sei auf das Land gefallen. Der Volksverein organisire in Adressen und Deputationen eine Bewegung, welche die legitime Wahlbewegung des Volks paralysiren solle, und das Herrenhaus gebe dann diesem allgemeinen Streben Form und Ausdruck, wie man das nächstens an der Kreisordnung erleben werde. Ferner seien die Concessionen der Minister eben nur äußerlich; sie gesetzlich zu fixiren, das lasse die Regierung nicht zu. Daneben würden schon im Ministerium des Innern die Vorbereitungen getroffen, die alte Politik des „Krieges im Innern“ zu erneuern, wie das schon die Ernennung resp. Parteistellung des neuen Polizei-Präsidenten beweise. Dem gegenüber müsse das Haus doch sein Votum bekunden, daß es wohl wisse, was von der Politik einer Regierung zu erwarten sei, die mit solchen Wahloperationen begonnen habe, und andererseits möge das Haus aus dem Rückblick auf die Wahlen eine Mahnung entnehmen, der Tapferkeit und Einmüthigkeit, welche das Volk bei den Wahlen bewiesen, sich würdig zu zeigen. (Bravo.)

Abg. v. Bentkowski berührt die Verhältnisse der Provinzen Posen und Westpreußen, wo seitens der Regierung empfohlen wurde, jeden Parteiunterschied innerhalb der Deutschen, bei den Wahlen zu ignoriren und die polnische Bevölkerung allein als die regierungsfeindliche anzusehen. Zum Beleg dafür führt der Redner Aeußerungen zweier Landräthe aus Westpreußen und dem Landkreis Posen an, in denen dem polnischen Adel eine Knechtung des Bauernstandes u. dergl. imputirt würde, bedauert im Uebrigen, nicht vorher von dieser Ausdehnung der Debatte gewußt zu haben, der er sonst ebenfalls mit Dokumenten hätte zu Hilfe kommen können. — Abg. v. Hoverbeck: Da der Herr Minister des Innern erklärt habe, von den Ausschreitungen seiner Beamten keine Kenntniß erhalten zu haben, so wolle Redner dem Minister hierin zu Hilfe kommen. Der Abg. giebt hierauf eine Blumenlese aus den Erlassen und Ansprachen der Regierungsbeamten aus seiner Heimathsprovinz Preußen, bei dem Oberpräsidenten Eichmann beginnend, der nur die Ernennung conservativer Wahlvorsteher gestattet habe, zu den Reg.-Präsidenten v. Kotze und v. Kries und dem Ober-Reg.-Rath v. Kamptz übergehend, die unter Anderem von allen Beamten, die mit dem Ministerium nicht übereinstimmten, verlangt hätten, daß sie den Abschied nähmen. Aus dem Erlaß des Generalsuperintendenten Moll und des Lieutenant v. Schmeling werden Stellen mitgetheilt, und von den Wahlreskripten der meisten ostpreußischen Landräthe, namentlich derer in den Kreisen Rastenburg, Marienburg, Gerdauen, Goldapp giebt Redner Proben, welche sich durchgängig sehr drastisch, zum Theil in Versen, auslassen und vielfach Heiterkeit erregen, am meisten derjenige des Herrn v. Schrötter in Goldapp, der unter anderen Dingen von der Fortschrittspartei aussagt, daß sie den Herrn Jesum Christum als Schwindler und Betrüger darstellen und die kirchliche Trauung abschaffen wolle.

Minister des Innern v. Jagow: Ich kann dem Herrn Vorredner nur erwidern, daß ich von allen den Mittheilungen, welche er hier gemacht hat, keine Kenntniß gehabt habe, bis auf diejenigen aus Königsberg, welche hier bereits erörtert worden sind. Ich kann dem, was der Herr Abgeordeordnete aber hier gesagt hat, nur vollkommen beitreten; es ist mir erwünscht, von den Wahlerlassen Kenntniß zu erhalten, um das Geeignete noch nachträglich anordnen zu können. Ich kann ihn beruhigen, daß der Geist meines Erlasses mich in keiner Weise hindern wird, diesen Ausschreitungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Schließlich muß ich noch erklären, daß zu der angeführten Verfügung der Polizei-Obrigkeit — das neue Wahlgesetz betreffend — von Seiten des Ministeriums nicht die geringste Veranlassung gegeben ist.

Abg. Dr. Virchow: Nach den Erklärungen des Herrn Ministers glaube er, daß die Debatte nicht ohne Nutzen sein werde; er wundere sich nur, daß der Apparat, der dem Ministerium zu Gebote stehe, nicht hingereicht, um den Herrn Minister von allen diesen Ueberschreitungen früher in Kenntniß zu setzen. Er hoffe, daß die Erfahrungen von dem geringen Nutzen dieses Apparates das Votum des Hauses über das literarische Büreau leiten werden. (Bravo.) Er wolle nur der sittlichen Entrüstung Ausdruck geben, die sich im Volke über diese Eingriffe in die Wahlfreiheit verbreitet, und die zuerst in dem Protest der hiesigen Universität, dann in dieser Petition eines kleinen Dorfgerichtes sich kund gegeben. Von dem Standpunkte des Selfgovernments aus, das ja auch die Partei der „sehr ehrenwerthen Minorität“ neulich so gefeiert, müsse man vor Allem über die Einwirkung auf die Hauptträger desselben, die Communalbehörden, ein Gefühl des Unwillens empfinden. Dieses Gefühl habe aber einen gleichen Ausdruck, wie bei diesem Dorfgerichte, in vielen Stadtverordneten-Versammlungen und Magisträten gefunden. Der Herr Minister habe bei den städtischen Behörden eine Meinungsäußerung in dieser Beziehung gerügt, da sie nicht in politische Thätigkeit sich einlassen dürften; also gerade weil die städtischen Behörden die Insinuation einer solchen Thätigkeit, nämlich der Beeinflussung der Wahlen, abzuwehren gesucht hätten, seien sie getadelt worden. Dieser Standpunkt sei weder ein altpreußischer, noch ein neupreußischer, sondern der Standpunkt des französischen Präfectenthums (Bravo), dessen entsittlichender Einfluß von unserem Staatsleben fern gehalten werden müsse. Ferner habe man auf den Eid gegen den König hingewiesen; er wolle nicht daran erinnern, daß dieser Eid auch die Treue gegen die Verfassung einschließe; er wolle nur auf die Stellung des Abgeordnetenhauses im Hinblick auf diesen Eid aufmerksam machen.

Wenn ein Beamter als Abg. nach seiner Ueberzeugung gewirkt und gestimmt habe und kehre nach der Auflösung nach Hause zurück und wolle nun sein und des Hauses Verhalten rechtfertigen, so setze er sich in eine regierungsfeindliche Position. Auf diese Weise könne nur die Meinung des Volkes gefälscht, sein sittliches Gefühl verwirrt und das Beamtenwesen zu eitel Heuchelei gemacht werden. Er freue sich, daß der Abg. Graf Schwerin sich so entschieden gegen eine übereinstimmende Auffassung seiner Wahlerlasse mit denen der gegenwärtigen Minister ausgesprochen, aber er erinnere denselben daran, daß er zu der Meinungsverwirrung durch seinen Ausspruch von den beiden extremen Parteien, an dem er auch heute festgehalten, nicht wenig beigetragen, wie er denn dem Abg. Gottberg nicht immer, wie heute, gegenüber gestanden und denselben sogar bei den Wahlen empfohlen habe. Er glaube, die Fortschrittspartei könne nur deshalb ein Extrem genannt werden, weil keine andere da sei, die über sie hinausgehe; sie habe es aber gerade als ein Verdienst in Anspruch nehmen zu müssen geglaubt, daß sie die Bildung wirklich extremer Parteien verhindere. Der Abg. Graf Schwerin möge sich doch nur der Zeit erinnern, wo er ebenfalls der „extremen“ Partei angehört, die gegen die Reaction angekämpft. Die Fortschrittspartei wolle nun jetzt ebenfalls nichts anderes, als die Verfassung; aber sie wolle vor Allem den Ausbau der Verfassung, sie wolle sie so schnell als möglich zum actuellen Recht machen und nicht die Ausführung der einzelnen Verfassungsbestimmungen hinausschieben. Sie glaube daher ihre Verfassungstreue für eine sehr hohe erachten zu müssen. Wenn er gegen die Anträge der Commission sich zum Wort gemeldet, so sei dies deswegen geschehen, weil er mit dem Abg. v. Vincke der Ansicht sei, daß der Reg.-Präs. v. Prittwitz zu tief unter diesem Hause stehe, als daß sich dasselbe speciell mit ihm zu beschäftigen habe. Er stimme deshalb gegen den ersten Theil des Commissions-Antrages.

Abg. Schultze (Delitzsch): Die heutige Debatte sei nicht, wie man gesagt, schon durch die Adreßdebatte erschöpft. Letztere habe sich überhaupt nur mit Beeinflussung bei den Wahlen im Allgemeinen beschäftigt, heut liege eine bestimmte spezielle Petition vor, und es handle sich darum, daß das Haus seine volle Sympathie mit denjenigen Beamten in allen Schichten ausspreche, die bekundeten, daß dieser achtungswerthe Stand anfange, sich in seiner staatsbürgerlichen Stellung zu fühlen, und aus seiner Absonderung heraustrete. Er begrüße diese Regung, die sich unter den Beamten zeige, mit Freuden. Gerade sie hätten aus persönlichen Rücksichten den meisten Grund, mit der Regierung gut zu stehen. Wenn sie sich also sträubten, so müsse etwas faul sein „im Staate Dänemark“ (Bravo). Nur in seine Amtsthätigkeit dürfe der Beamte keine Politik hineintragen; sonst ständen ihm alle staatsbürgerlichen Rechte frei. Zu dem ersteren, freilich in seinem Sinne, habe der Minister sie aufgefordert; daher auch die Aufregung. Er sehe keinen Unterschied zwischen dem Amendement v. Vincke und dem Commissionsantrage, denn die Ueberweisung sei ja schon ein Vorwurf. Die Wirkung werde eine große sein. Zunächst sichere sich das Haus einen sehr wichtigen Beistand, wenn es die Beamten schütze. Das Volk habe bisher zum Theil geglaubt, ein Beamter müsse, um sich seine Stellung zu bewahren, seine Gesinnung verhehlen. Das werde aufhören, wenn die Beamten unter dem Schutze des Hauses in ihrem politischen Selbstbewußtsein erstarkten. Ferner verliere die Reaction ihren Haupthebel, wenn sie die Beamten nicht mehr für jede Einwirkung gefügig finde. Es bedurfte eines solchen Anstoßes an das politische und humane Selbstbewußtsein unserer Beamten, um die heilbringenden Früchte zu gewinnen, die sich zeigten. Dankbar acceptire er, was darin unbewußt von dem Ministerium geschehen sei (Bravo.).

Es ist auf Schluß der Debatte angetragen.

Der Schluß wird mit ziemlicher Majorität angenommen. Dagegen ein Theil der Fortschrittspartei.

Abg. v. Vincke (Stargard) persönlich bemerkend: Es sei ihm nicht eingefallen zu sagen, daß der Schwerpunkt der Krone in dem Ministerium ruhe, denn es würde eine Beleidigung sein, die Krone mit dem jetzigen Ministerium zu identifiziren. (Heiterkeit.) Sein Mißtrauen gegen das Ministerium gehe nicht so weit, daß er nicht gern annehmen werde, was es Gutes biete, und so dürften auch wohl alle Mitglieder dieses Hauses denken. (Zustimmung links.)

Abg. Graf Schwerin zur persönlichen Bemerkung: Er habe die Fortschrittspartei nicht als extreme Partei, sondern wegen ihrer Grundsätze angegriffen; übrigens sei die Bildung dieser Partei ebenfalls ein großer politischer Fehler gewesen; darüber werde er sich ein andermal aussprechen können. Doch glaube er gern, daß die Gründe, aus denen die Partei sich gebildet, ebenso patriotisch gewesen seien, wie diejenigen, die ihn bewogen, zu handeln, wie er gehandelt und wieder handeln werde, wenn er sich dieser Partei entgegenstelle. Was seinen Ausspruch über den früheren Abg. von Stolp betreffe, so sei seine Aeußerung nur die eines Privatmannes gewesen. Man habe ihn als solchen gefragt, ob er zu jenen Abgeordneten, wenn sie gewählt würden, Vertrauen haben würde. Er habe geantwortet, daß es ihm recht wäre, wenn Männer gewählt würden, die lange im Kreise anwesend wären und Vertrauen besäßen. Er halte es auch heute noch für besser, als wenn Männer von auswärtigen Comite's irgend wohin empfohlen würden. (Abg. v. Vincke-Stargard: Sehr richtig!)

Der Referent empfiehlt schließlich den letzten Theil des Commissionsantrages; auf den ersten wolle er im Interesse einer möglichst großen Einigkeit des Votums kein Gewicht legen. Die Theilung des Antrages wird hierauf von dem Abg. v. Kirchmann beantragt und genehmigt.

Das Amend. v. Vincke bleibt in der Minorität (dafür nur die Reichenspergersche und Vinckesche Fraktion).

Der erste Theil des Commissionsantrages, der die widerrechtliche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch Herrn v. Prittwitz ausspricht — wird mit großer Majorität angenommen, eben so auch der zweite Theil, dem auch Saucken und andere Mitglieder der Vinckeschen Fraktion beistimmen. Die Comm. empfiehlt über fernere 57 Petitionen ohne Erörterung zur Tagesordnung überzugehen. Ueber drei derselben ist von Mitgliedern des Hauses eine Zurückweisung an die Commission zur Erörterung — nach der neuen Geschäftsordnung — beantragt und sie erfolgt. Ueber die anderen geht man zur Tagesordnung. — Abg. Stavenhagen regt dabei an, daß sich unter diesen auch Gesuche von Invaliden befänden, welche nun allerdings verstummen würden, da sie ihre Petitionen zu begründen nicht vermöchten, daß aber deshalb auf ein Aufhören der Noth der Invaliden nicht geschlossen werden dürfe. — Abg. v. Rosenberg-Lipinsky rügt das Verfahren der Comm., überhaupt ohne Bericht den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. — Abg. Osterrath glaubt, daß die Neuerungen der Geschäftsordnung noch nicht vollkommen seien. Das Haus verläßt, nachdem noch Kühne, der Präsident u. A. sich darüber geäußert, diese Frage ohne weiteren Beschluß.

Vertagung wird beantragt und angenommen. Die Fortsetzung der heute zur Tagesordnung stehenden Debatten wird auf morgen 10 Uhr Vorm. angesetzt. Schluß 2½ Uhr.

Breslau, 5. Juli. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Ohlauerstraße Nr. 12 zwei weiße mit grünen Punkten (in der Größe eines Silbergroschen) gemusterte Batistkleider, drei weiße Damenkragen, gezeichnet O. K. und M. K., und ein gesticktes weißes Taschentuch.

Verloren wurde: ein roth- und grün-karrirtes seidenes Cravattentuch, enthaltend eine Rolle mit zehn Thaler; ein Packet, enthaltend einen Firmen-Stempel, auf C. O. Moritz und Comp. lautend.

Gefunden wurden: ein Lederfutteral und ein Portemonnaie mit circa 13 Sgr. Inhalt.

Angekommen: Se. Excellenz kaiserl. russischer General von Woltemor mit Gefolge aus Moskau. Kaiserl. russischer Geheimer Rath v. Haurowitz aus Petersburg. Major im Generalstabe Graf von Waldersee und Gemahlin aus Berlin. (Pol.-Bl.)

Breslauer Sternwarte.

4. Juli 10 U. Abds.	27 8,19	+11,4	W. 1.	Ueberwölkt.
5. Juli 6 U. Morg.	27 7,81	+10,8	S. 1.	Bedeckt. Regen.

Wasserstand.

Breslau, 5. Juli. Oberpegel: 15 F. 1 Z. Unterpegel: 1 F. 10 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 4. Juli, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 35, fiel auf 68, 30, hob sich dann bis 68, 45 und schloß ziemlich fest aber unbelebt zu demselben Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92⅛ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 45. 4½proz. Rente 97, —. 3proz. Spanier 49⅛. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 512. Credit-mobilier-Aktien 853. Lomb. Eisenbahn-Aktien 611. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 4. Juli, Nachm 3 Uhr. Silber 61. Consols 91⅞. 1proz. Spanier 43¼. Mexikaner 28¼. Sardinier 82½. 5proz. Russen 95. 4½proz. Russen 88½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8¼ Sch., Wien 12 Fl. 95 Kr.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 21,605,855, der Metallvorrath 16,220,771 Pfd. St.

Der fällige Dampfer aus Rio Janeiro ist angekommen.

Wien, 4. Juli, Mitt. 12 Uhr 30 M. Börse fest aber geschäftslos. 5proz. Metall. 71, 10. 4½proz. Metall. 62, 50. Bank-Aktien 817. Nordbahn 194, 40. 1854er Loose 91, —. National-Anleihe 82, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 254, — Creditaktien 218, 10. London 128, 10. Hamburg 95, 50. Paris 50, 70. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 161, 50 Lomb. Eisenbahn 283, —. Neue Loose 132, 30. 1860er Loose 92, 25.

Frankfurt a. M., 4. Juli, Nm. 2 U. 30 M. Oestr. Effekten, besonders engl. Metalliq. von 1859 besser bezahlt. Vollbezahlte neue Russen 90¼—⅜. Schluß-Course: Ludwigsh.-Berbach 135¼. Wiener Wechsel 92. Darmst. Bankaktien 216. Darmst. Zettelbank 249. 5proz. Met. 54. 4½proz. Met. 47⅞. 1854er Loose 71½. Oesterr. National-Anleihe 63¼. Oest.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 234. Oesterr. Bank-Antheile 756. Oesterr. Credit-Aktien 200. Neueste österr. Anleihe 73½. Oesterr. Elisabet-Bahn 121. Rhein-Nahe-Bahn 33½. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 124½.

Hamburg, 4. Juli. Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse ganz geschäftslos. Schluß-Course: National-Anleihe 63¾. Oesterr. Credit-Aktien 84½. Vereinsbank 101⅛. Norddeutsche Bank 95½. Rheinische 92. Nordbahn 62½. Disconto 4. Wien 98, —. Petersburg 30.

Hamburg, 4 Juli. [Getreidemarkt.] Weizen loco fester, ab auswärts fest gehalten. Roggen loco 2 Thlr. höher, ab Königsberg pr. Juli-August zu 83—84 zu machen. Oel loco 29¾, pr. Oktbr. 29¼ Kaffee kleines Consum-Geschäft.

Liverpool, 4. Juli. [Baumwolle.] 15,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 155,170 Ballen. Upland 16⅜, Orleans 17.

London, 4. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). In Weizen war gutes Geschäft. Hafer und Gerste theurer. Wetter schön.

Amsterdam, 4. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco stille, Terminroggen 1 Fl. niedriger. Raps Herbst 81½. Rüböl Herbst 46⅝.

Berlin, 4. Juli. Die Stimmung der Börse war heute für alle Effectengattungen in Folge der besseren auswärtigen Course noch günstiger. Vor Allem traten schwere Eisenbahn-Actien wieder mehr in die Gunst der Speculation, für eine ganze Reihe derselben war die Frage dringender, wenngleich nur in sehr wenigen das Geschäft einen ansehnlichen Umsatz erreichte. Im Grunde war dies nur bei einer Devise, den Oberschlesischen, der Fall, in diesen wurden aber sehr belangreiche Summen gehandelt. Papiere der kleinen Speculation waren dagegen heute merklich vernachlässigt, nur in moldauer Bankactien war das Geschäft nicht ganz unbelebt. Im Allgemeinen waren die leichten Sachen heute matter, während die schweren sich befestigten und in steigender Richtung blieben. Dies war unter den Bankeffecten in besonders hervortretender Weise bei den Disconto-Comm.-Anth. der Fall. Wir kommen darauf zurück und bemerken hier noch, daß der flüssige Geldmarkt das Kapital sichtlich den solideren Effectengattungen zuführt. Aus diesem Gesichtspunkt sind vor Allem bedeutende Anlagen zu erwähnen, die heute in Eisenbahn-Prioritäten und inländischen Anleihen stattfanden. Für Disconten ist Geld mit 3½% vorhanden. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 4. Juli 1862.

Fonds- und Geldcourse.

		Zf.	Cours
	Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ G.
	Staats-Anl. v. 1859, 52	4½	100 bz.
	dito 54, 55, 56, 57	4½	101⅞ bz.
	dito 1853	4	100 bz
	dito 1859	5	108⅛ bz
	Staats-Schuld-Sch.	3½	90 bz.
	Präm.-Anl. von 1855	3½	122⅓ bz.
	Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ bz.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärk.	3½	93¼ bz
	dito dito	4	101¾ B
	Pommersche	3½	91¼ B.
	dito neue	4	101 bz.
	Posensche	4	104½ G.
	dito	3½	98⅝ bz.
	dito neue	4	98⅞ bz.
	Schlesische	3½	94¾ B.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	99¾ bz.
	Pommersche	4	99½ bz
	Posensche	4	98⅞ bz.
	Preussische	4	99½ bz.
	Westf. u. Rhein.	4	99 bz.
	Sächsische	4	100 bz
	Schlesische	4	100¼ G.
	Louisdor	—	109⅝ bz
	Goldkronen	—	9. 6½ bz.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall.	5	55½ G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	74 etw. bz.u.B.
dito neue 100-fl.-L.	—	61½ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	65 bz.
dito Bankn.u.Whr.	—	79⅜ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	94¼ B.
dito 5. Anleihe	5	85½ bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	82¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87½ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92¾ G.
dito à 300 Fl.	5	95¼ bz.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	87⅛ bz.u G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 B
Baden 35 Fl.	—	31¾ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Aach.-Düsseld.	3½	3½	81½ etw. bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	34¾ G.
Amst.-Rotterdam.	5⅛	4	88¼ bz.
Berg.-Märkische	6½	4	109½ bz.
Berlin-Anhalter	8¼	4	140 G.
Berlin-Hamburg.	6	4	119 G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	193½ bz
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	127 bz. (excl.D.)
Breslau-Freiburg.	6½	4	125 G.
Cöln-Mindener	12¼	3½	176 G.
Franz.St.-Eisenb.	6	5	131 bz. (excl D.)
Ludw.-Bexbach.	8	4	135¼ B.
Magd.-Halberst.	22¼	4	300 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44 G
Mainz-Ludw. A.	7	4	124 bz.
Mecklenburger	2⅞	4	57½ G.
Münster-Hammer	4	4	97¾ G.
Neisse-Brieger	3½	4	73 bz.
Niederschles.	4	4	99¼ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	70 B.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	63⅜ à ⅜ bz.
dito Prior.	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 7/15	3½	153¾ à 154 bz.
Oberschles. B.	7 7/15	3½	134⅞ à 135 bz.
dito C.	7 7/15	3½	153¾ à 154 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	83 bz.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	96 bz.
dito Prior E.	—	3½	85 G.
dito Prior F.	—	4½	101¾ G.
Oppeln-Tarnow.	¼	4	47½ B
Prinz-W. (St.-V.)	⅝	4	60½ bz.
Rheinische	5	4	94 bz.
dito (St.) Pr.	—	4	102 B.
dito Prior	—	4	93 G.
dito III. Em.	—	4½	98¾ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	31⅞ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/12	3½	91¾ B.
Starg.-Posener	4	3½	99⅞ bz. (excl D.)
Thüringer	6⅝	4	119½ G.
Wilhelms-Bahn	—	4	56½ B
dito Prior	—	4	91½ G.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	92½ B.
dito dito	—	5	94¼ bz.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein	5 1/12	4	115¾ G.
Berl.-Hand.-Ges.	5	4	91 B.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	83½ G.
Bremer „	5½	4	105⅞ B.
Coburg. Credit A.	3	4	72 G.
Darmst. Zettel-B.	8½	4	98 Klgkt. bz.
Darmst.Credb.-A.	5	4	87 B.
Dess. Creditb.-A.	—	4	5½ etw. bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	96½ à ¾ bz.
Genf. Creditb.-A.	2	4	46¼ bz u.B
Geraer Bank	5¾	4	88 etw. bz u.G.
Hamb. Nrd. Bank	5	4	94 G
„ Ver. „	5 1/16	4	101 G
Hannov. „	4½	4	98½ G.
Leipziger „	3	4	81¼ G.
Luxembrg. „	10	4	95¼ G
Magd. Priv. „	4 1/12	4	89 bz.
Mein.-Creditb.-A.	6	4	89 bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	28½ G.
Oester. Crdtb.-A.	7¾	5	86a85⅞à56 bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/11	4	96⅛ bz.
Preuss. B.-Anthl	4 1/15	4½	122 G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	96½ bz.
Thüringer Bank	2⅝	4	59 B.
Weimar. Bank	4	4	81 B

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143⅝ bz.
dito	2 M.	142¾ bz.
Hamburg	8 T.	152 bz
dito	2 M.	150¾ bz.
London	3 M.	6. 21¾ bz
Paris	2 M.	80 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	79⅛ bz.
dito	2 M.	78½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅛ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 bz
Petersburg	3 W.	96 bz. 3 M. 95⅝ bz.
Warschau	8 T.	87⅛ bz
Bremen	8 T.	109½ bz.

Berlin, 4. Juli. Weizen loco 65—80 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco galiz. 51⅛—50 Thlr. ab Bahn und Boden bezahlt, schwimm. eine Ladung 80—81pfd. 52¾ Thlr., 80—82pfd. 52½—53½ Thlr. ab Kahn bez., Juli 51½—¾—⅝ Thlr. bez., Juli-Aug. 50⅝—⅝—⅜ Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 50½—¾—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Oktbr.-Novbr. 49⅜—½—¼ Thlr. bez. und Gld., ⅜ Thlr. Br., Novbr.-Dezbr. 49—48⅝ Thlr. bez. und Gld., 48¾ Thlr. Br. — Gerste, große und kleine, 34—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 24—27 Thlr., feiner weißer schles. 27 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Juli und Juli-Aug. 25¾ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Aug.-Septbr. 25¾ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Sept.-Oktbr. 25⅞ Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 25¼—½ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 25¼ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 50—56 Thlr. — Winterraps 100—105 Thlr. — Winterrübsen 98—102 Thlr. — Rüböl loco 14⅔ Thlr. Br., Juli 14⅔ Thl. Br., Juli-Aug. 14 7/12 Thlr. bez. und Gld., ⅝ Thlr. Br., Aug.-Septbr. 14⅝ Thlr. Br., 7/12 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 14 7/12—⅝—7/12 Thlr. bez. und Gld., ⅝ Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 14 7/12—⅔ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 14⅓ Thlr. bez. — Leinöl loco 13½ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19⅝ Thlr. bez., Juli und Juli-Aug. 19—1/12 Thlr. bez. und Br., 19 Thlr. Gld, August-Septbr. 19⅙—¼ Thlr. bez. und Br., ⅙ Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. dito, Oktbr.-Novbr. 18 5/12—½ Thlr. bez. und Br., 5/12 Thlr. Gld., Novbr.-Dezbr. 18¼—18⅙ Thlr. bez. und Gld., ¼ Thlr. Br.

Breslau, 5. Juli. Wind: Süd-West. Wetter: Früh regnicht. Thermometer Früh 10° Wärme. Die nicht sehr belangreichen Zufuhren von Getreide fanden vielseitige Beachtung zu theilweise höheren Preisen.

Weizen gut preishaltend; pr. 85pfd. weißer 74—87 Sgr., gelber 74—85 Sgr. — Roggen sehr fest, feinste Waare über Notiz bezahlt; pr. 84pfd. 55—58—60—62 Sgr. — Gerste fest; pr. 70pfd. 40½—41¾ Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50pfd. schlesischer 26—27½ Sgr. — Erbsen und Wicken schwach beachtet. — Rapskuchen gefragt; 53 Sgr. — Oelsaaten bei reichlichen Angeboten und matteren Berichten von auswärts ruhiger. — Schlaglein wenig angeboten.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	75—82—88	Erbsen	46—49—54
Gelber Weizen	75—82—87	Wicken	36—40—44
Geringer u. blauspitziger	68—73—80		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	55—59—63	Schlag-Leinsaat	160—185—210
Gerste	39—41—43	Winter-Raps	160—200—228
Hafer	23—26—29	Winter-Rübsen	208—226—244

Kleesaat, rothe sehr gut gefragt, 7½—10½—12—13⅙ Thlr., weiße ohne Angebot, 8—11—13½—16—17 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 22—25 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl fest, pr. Ctr. loco, Sommermonate und Herbst 14¼ Thlr. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18½ Thlr. Gld., Sommermonate 18½ Thlr. Br., Herbst 18¼ Thlr. Geld.

Posen, 4. Juli. Wetter: windig. Roggen: fest, schließt ruhiger. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 44⅚—¾—⅔ bez., Br. u. Gld., Juli-August 44 7/12—½—7/12 bez. u. Br., August-September 44½—7/12 bez. u. Br., September-Oktober 44 5/12 bez. u. Br., October-November 44¼ Br., November-Dezember 44 Br.

Spiritus: fest. Gek. 6000 Qrt. Loco per d. Monat 18¼ bez. u. Gld., August 18¼ Br., September 18 5/24 bez., ¼ Gld., Oktober 17⅚ Gld., 18 Br., November 17½ Br., Dezember 17¼ Br.

Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.